



Karl-Heinz-Mrosek

## Auf ein Wort

Ein langer Sommer liegt hinter uns.

Er begann mit den Personalratswahlen, aus denen die GEW als Lehrerverband gestärkt hervorgegangen ist. In allen Schulformen konnten die Ergebnisse verbessert werden. Im Regierungsbezirk Münster hat die GEW zum 1. Mal seit 50 Jahren für die Hauptschulen die Mehrheit geholt. Das gilt auch für Düsseldorf, Köln und Detmold.

Auch im Hauptpersonalrat wird der Vorsitzende durch den Kollegen Hans-Wilhelm Bernhard von der GEW gestellt. Geschwächt sind die Personalräte dennoch durch die Gesetzgebung der Schwarz-Gelben Landesregierung. So sind Personalräte abgeschafft oder verkleinert worden. Die zeitlichen Ressourcen, die den Personalräten zur Verfügung standen sind rigoros zusammen gestrichen worden. Beispiel: Konnte ein Personalratsmitglied Grund- und Hauptschule in Gelsenkirchen wöchentlich über 6 Freistunden verfügen, sollen es nun nur noch 3 sein. Konnte ein Bezirkspersonalratsmitglied Grund- und Hauptschule über 10 Wochenstunden verfügen, sollen es nun nur noch 6 sein. Hier werden Gerichte entscheiden müssen.

Seit Sommer orientieren wir unsere Kolleginnen und Kollegen, also Euch auf die Tarifverhandlung, die diesmal hauptsächlich von der GEW in unserem Lande zu führen ist. Näheres dazu findet Ihr im weiteren Teil dieser Zeitung.

Unsere Jahreshauptversammlung, die am 4. Februar 2009 stattfinden wird, wird sich vorrangig mit der Thematik der Tarifaufinandersetzungen befassen. Volles Haus bei dieser Veranstaltung wäre ein Zeichen, das der Stadtverband in dieser Tarifaufeinanderetzung setzen muss. Ich hoffe auf rege Teilnahme.

Das gilt auch für die verschiedenen Personalversammlungen, die die einzelnen Personalräte in diesem Winter durchführen werden. Auch hier ist das Thema Tarifaufeinanderetzung auf der Tagesordnung.

Ohne Kampf und Engagement wird es uns nicht gelingen, die uns zustehende Gehaltssteigerung durchzusetzen.

Karl-Heinz Mrosek



## Beschluss der Bundestarifkommission der GEW über Orientierungen zur Forderungsdiskussion für die Tarifrunde 2009 vom 9. September 2008

Die Tarifrunde 2009 ist für die Vergütung und Besoldung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und Beamten gleichermaßen von grundsätzlicher Bedeutung. Deshalb ruft die GEW die Mitglieder im Länderbereich – Angestellte und Beamtinnen/Beamte – zur gemeinsamen Forderungsdiskussion auf.

### Kündigung der Entgelttabellen:

- Die Bundestarifkommission der GEW empfiehlt für die Tarifrunde 2009 im Bereich der TdL die Kündigung der in den Anlagen A und B zum TV-L enthaltenen Entgelttabellen zum 31. Dezember 2008.
- Für die Forderungsdiskussion empfiehlt die Bundestarifkommission der GEW folgende Schwerpunkte:

### Anhebung des Tabellenentgelts

- In der Tarifrunde 2009 geht es an erster Stelle um eine kräftige lineare Anhebung des Tabellenentgelts, die sowohl im Westen als auch im Osten zeitgleich in Kraft tritt.

### Sicherung der Besitzstände

- Bis zum In-Kraft-Treten eines neuen Eingruppierungsrechts ist zu sichern, dass sowohl übergeleitete als auch nach dem 31. Oktober 2006 neu eingestellte Beschäftigte einen Besitzstand für noch nicht vollzogene Bewährungs- und Fallgruppenaufstiege erhalten. Das Gleiche gilt im Hinblick auf den Besitzstand für Vergütungsgruppenzulagen.

### Entgeltordnung

- Im Vorgriff auf die Verhandlungen für ein neues Eingruppierungsrecht im Länderbereich sind für den Zeitraum nach der Tarifrunde 2009 verbindliche Schritte zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen über die Tarifierung der Eingruppierung von Lehrkräften zu vereinbaren.

### Regelung der Stufenzuordnung

- Zum Abbau der Entgeltdiskriminierung von Beschäftigten mit langen Ausbildungszeiten und zur Erhöhung von Mobilität ist die Stufenzuordnung für neu einzustellende Beschäftigte auf der Grundlage von verbindlichen und einen Rechtsanspruch vermittelnden Tarifregelungen deutlich zu verbessern.

### Strukturausgleiche für II b

- Die Zuordnung für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, die in die Vergütungsgruppe II b eingruppiert sind, zu den Entgeltgruppen ist unter Berücksichtigung ihrer Ausbildung und Tätigkeit zu verbessern. Übergeleitete Lehrkräfte, die in die Vergütungsgruppe II b eingruppiert sind, sind in den Strukturausgleich einzubeziehen.

### Weg mit dem Leistungsentgelt

- Die BTK der GEW empfiehlt ferner die Streichung der Regelungen zur Leistungsbezahlung und die Einarbeitung des hierfür zur Verfügung stehenden Geldvolumens in die Entgelttabellen. Sollte dies zunächst nicht erreicht werden, ist ein weiterer Ausbau der Leistungsbezahlung zu verhindern. Die BTK empfiehlt, dass bis zum Abschluss der Tarifrunde 2009 keine Tarifverträge zum Leistungsentgelt auf Landesebene abgeschlossen werden.

### ATZ

- Die Tarifrunde ist dazu zu nutzen, um mit der TdL verbindliche Absprachen über weitere zeitnahe Tarifverhandlungen zu treffen, die die Verbesserung der Arbeitsbedingungen älterer Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und deren Übergang in die Altersrente – unter anderem durch verstärkte Neueinstellungen und Fort-

führung des Altersteilzeitarifvertrages – zum Gegenstand haben.

### HuF

- Die BTK empfiehlt für die Mitgliederdiskussion die Weiterentwicklung des § 40 TV-L, insbesondere zum Geltungsbereich und zur Ausgestaltung von Arbeitsverträgen (Stufenzuordnung, Befristung).

Es muss gesichert werden, dass die Tarifergebnisse von den Landesgesetzgebern zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.



Erich Kästner

### Hymnus auf die Bankiers

Der kann sich freuen, der die nicht kennt! Ihr fragt noch immer: Wen? Sie borgen sich Geld für fünf Prozent und leihen es weiter zu zehn.

Sie haben noch nie mit der Wimper gezuckt, Ihr Herz stand noch niemals still. Die Differenzen sind ihr Produkt. (Das kann man verstehen, wie man will.)

Ihr Appetit ist bodenlos. Sie fressen Gott und die Welt. Sie säen nicht. Sie ernten bloß. Und schwängern ihr eigenes Geld.

Sie sind die Hexer in Person und zaubern aus hohler Hand. Sie machen Gold am Telefon und Petroleum aus Sand.

Das Geld wird flüssig. Das Geld wird knapp. Sie machen das ganz nach Bedarf. Und schneiden den andern die Hälse ab. Papier ist manchmal scharf.

Sie glauben den Regeln der Regeldetri und glauben nicht recht an Gott. Sie haben nur eine Sympathie. Sie lieben das Geld. Und das Geld liebt sie. (Doch einmal macht jeder Bankrott!)

Anmerkung: Die Konsumenten sind die linke Hand des gesellschaftlichen Organismus, die Produzenten sind die rechte Hand. Die Bankiers sind die Heimlichkeiten zwischen den beiden.

Erich Kästner

## **Wahlausschreiben**

**An die Mitglieder des Stadtverbandes**

**Der Wahlausschuss lädt hiermit ein zur**

### **Wahlversammlung**

**(Diese findet im Rahmen der Jahreshauptversammlung statt.)**

**Zeit: Mittwoch, 4. Februar 2009**

**18:00 Uhr**

**Ort: DGB-Haus der Jugend**

**Gabelsbergerstraße 12**

**Folgende Funktionen sind zu besetzen:**

**I. Geschäftsführender Vorstand**

1. Vorsitzender

2. stellv. Vorsitzender

3. stellv. Vorsitzender

**(Alternativ ein dreiköpfiges**

**Leitungsteam)**

4. Kassierer

5. stellv. Kassierer

6. Schriftführer

7. stellv. Schriftführer

8. Referent für Öffentlichkeitsarbeit

**II. Delegierte für den Gewerkschaftstag**

**III. KassenprüferIn**

**IV. Wahlausschuss**

Das aktive Wahlrecht haben alle Mitglieder des Stadtverbandes, deren Aufnahme in den Stadtverband bis zum Tag der Wahlversammlung vollzogen ist.

Das passive Wahlrecht setzt zudem eine mindestens sechsmonatige Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft voraus.

Das **Wählerverzeichnis** liegt bis zur Wahlversammlung der GEW-Geschäftsstelle, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Telefon: 0209 513759, zur Einsichtnahme nach telefonischer Rücksprache aus. Dies ist besonders wichtig für die Kolleginnen und Kollegen, die neu in die GEW eingetreten sind oder die sich aus einem anderen Stadtverband umgemeldet haben.

**Kandidatenvorschläge** sind mit der Einverständniserklärung des Kandidaten bis eine Woche vor der Wahlversammlung (28. Januar 2009) bei der oben genannten Adresse einzureichen.

Weitere Kandidaten können bei der Wahlversammlung vorgeschlagen werden.

**Wahlverfahren:**

Die Wahlen werden nach § 7 und § 8 der Wahlordnung des Stadtverbandes durchgeführt.

Wir bitten neu eingetretene oder aus einem anderen Stadtverband übergewechselte Mitglieder, die vorläufige Bescheinigung über die Aufnahme bzw. ihren Mitgliedsausweis mitzubringen.

Der Wahlausschuss  
Gisela Fries-Oehlschlägel  
Marita Koch

## Einladung zur Jahreshauptversammlung Stadtverband Gelsenkirchen

**Termin: Mittwoch, 4. Februar 2009**

**18:00 Uhr**

**Ort: DGB-Haus der Jugend  
Gabelsbergerstraße 12,  
45879 Gelsenkirchen  
(direkt am Marktplatz/  
Margarethe-Zingler-Platz)**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker! Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zum Grünkohlessen ein.

### Tagesordnung:

#### 1. Regularien

Tätigkeitsbericht / Kassenbericht / Entlastung des Kassierers

#### 2. Wahlen

Vorstand, Delegierte, Wahlausschuss, Kassenprüfung

#### 3. Stand der Tarifverhandlungen

Wie geht es weiter? (Referent Norbert Müller, Stellv. Landesvorsitzender)

Der Vorstand

### Hinweis:

Die diesjährige **Personalversammlung** für die Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen findet am **Dienstag, 31. März 2009**, in der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Gelsenkirchen-Erle statt. Einladungen durch den Personalrat ergehen gesondert.

## Coaching für Barbara Sommer – Preiswerter Start, dickes Ende?

Das MSW listet in Beantwortung einer kleinen Anfrage auf, wie hoch die Kosten für das Coaching der Schulministerin gewesen sind. Es gibt und gab „externe Fortbildung in Medienfragen“ sowie „externe Mitwirkung bei der persönlichen Vorbereitung und Erstellung von Reden“. Spannend ist die Ausgabenentwicklung seit Regierungsübernahme. Für das Coaching der 2005 neu ins Amt gekommenen Ministerin wurden 2005 696,00 Euro verausgabt. Dann begannen Turbulenzen, dann

erfolgten rapide Ausgabensteigerungen. In der Summe wurden bislang ca. 40.000 Euro verausgabt.

red.

## Verdacht auf Kindeswohlgefährdung – Was kann die Schule tun?

Im Schulgesetz § 42 (6) heißt es: „Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen.“

Die Umsetzung dieser Forderung bringt für Beschäftigte Unsicherheiten hinsichtlich der Absicherung ihrer Beobachtungen und eines angemessenen Vorgehens. Orientierung bietet hier die hilfreiche Broschüre „Arbeitshilfe zur Umsetzung des Kinderschutzes in der Schule“.

Die Arbeitshilfe macht konkrete Vorschläge dafür, wie Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte mit der erforderlichen Vorsicht und Rücksichtnahme von einem vielleicht diffusen Bauchgefühl ausgehend durch strukturierte Beobachtungen und Wahrnehmungen feststellen können, ob Kindeswohlgefährdung vorliegt.

So gibt es Hilfen zur Dokumentation solcher Beobachtungen, Hinweise zum Erfahrungsaustausch unter Kolleginnen und Kollegen, Tipps, wie in Elterngesprächen Schwieriges zur Sprache gebracht werden kann und Überlegungen, wie die Ansprüche des Datenschutzes und des Kinderschutzes in Einklang gebracht werden können sowie Informationen zu den Unterstützungsangeboten des Jugendamts. Dokumentationsbögen, Literaturempfehlungen und Praxisbeispiele für örtliche soziale Frühwarnsysteme (enthalten auf einer CD-ROM) runden die Broschüre ab.

Nicht alle Lehrkräfte können sich auf das Thema „Verdacht auf Kindeswohlgefährdung“ spezialisieren. Die Broschüre kann aber für das Problemfeld sensibilisieren und helfen, im Fall der Fälle angemessene Maßnahmen im Sinne eines umfassenden Kinderschutzes zu ergreifen. Sie ist bei den Herausgebern kostenfrei zu bestellen.

Uwe Lorenz

<sup>1</sup> Sigrid A. Bathke u. a.: Arbeitshilfe zur Umsetzung des Kinderschutzes in der Schule. Der Ganz-Tag in NRW. Beiträge zur Qualitätsentwicklung. Heft 9, 2008. Hg. v. Institut für soziale Arbeit e.V., Serviceagentur „Ganz-tätig lernen in Nordrhein-Westfalen“, Friesenring 32/34 48147 Münster, serviceagentur.nrw@ganztaegig-lernen.de

## Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit 14. Februar 2008 -10. Dezember 2008

- ❖ Die Jahreshauptversammlung fand am 14. Februar 2008 statt.
- ❖ Anzahl der Mitglieder: 1.002
- ❖ Im Berichtszeitraum fanden 9 Vorstandssitzungen statt.  
Auf diesen Vorstandssitzungen wurden folgende Themen behandelt:
  - Arbeitsplanung für das neue Jahr
  - Haushaltsplan 2008
  - PR-Liste Grundschulen
  - Arbeit der Arbeitsgruppe Masterplan Bildung
  - Wahlkampf Vorbereitung und Durchführung der Personalratswahlen
  - Zusammenlegung des Stadtverbands Gelsenkirchen und des Ortsverbands Gladbeck
  - Anträge für den Gewerkschaftstag
    - Zusammenschluss des Stadtverbands Gelsenkirchen und des Ortsverbands Gladbeck
  - Satzungsänderung als Voraussetzung für diesen Zusammenschluss
  - Einrichtung einer Stelle beim Landesverband für den Bereich Tarifrecht
  - Antrag der AG Masterplan Bildung
  - Vorbereitung der Tarifaufeinandersetzung
  - Planung einer zentralen Veranstaltung
- ❖ Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt:
  - 11.02.08** Kabarettabend mit dem Trio Hitzefrei
  - 12.04.08** Lehrerfortbildung, Thema: Rechtsextremismus unter türkischen bzw. islamischen Jugendlichen
  - Infoveranstaltungen: 21.10.08 in Gladbeck, Thema: Neue Lehrerräte
  - 28.10.08** in Gelsenkirchen, Thema: Neue Lehrerräte
  - 12.11.08** im Aquarium der Gesamtschule Berger Feld, Thema: Tarifaufeinandersetzung
  - Theaterabend mit Jubilarehrung: **19.11.08** im Consol-Theater, „Der Jazz und das Meer“ vom Trias Theater
- ❖ Versand an Schulen:
  - Kandidatenbriefe
  - Wahlkampfmaterialien
  - Broschüre „Lehrerrat“
  - Musterbrief „Einspruch gegen den Steuerbescheid 2007“
  - Musterbrief „Arbeitszimmer Werbungskosten“
  - Flyer der AG Masterplan
  - Lehrerkalender
  - Info zur Tarifaufeinandersetzung 2008/2009
  - Info „Amts angemessene Alimentation“
  - Einladungen zu den Veranstaltungen „Lehrerrat“ in Gelsenkirchen und Gladbeck
  - Einladungen zur Infoveranstaltung in der Gesamtschule Berger-Feld zum Thema „Tarifaufeinandersetzung“ 2008/2009 an alle Angestellten im Landesdienst
  - Info an alle Angestellten über die Forderungen der Tarifrunde 2009
  - Vorbereitung des Rechenschaftsberichts
  -
- ❖ Stadtverbandszeitungen GE-W 145 und GE-W 146
- ❖ Diverse Pressemitteilungen



Jubilare: Dorothee Müller (40 Jahre), Ursula Bornemann, Bärbel Ganderath, Anne Günster, Brigitte Schwenzel, Marion Steinbrink, Gaby Valleé, Marion Werske, (25 Jahre)

## 1948 – 2008 60 Jahre GEW

Vor 60 Jahren bildete sich in Nordrhein-Westfalen eine neue Gewerkschaft, die GEW als Mitglied des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Vorgängerorganisation hieß noch ADLLV – Allgemeiner Deutscher Lehrerinnen und Lehrerverband. In Gelsenkirchen gab es drei Ortsverbände - Buer, Gelsenkirchen und Horst.

Ein Kollege aus unseren Reihen war schon 1948 dabei. Er war damals schon Volksschullehrer in Gelsenkirchen. Eingetreten ist er dann 1950. Von ihm höre ich, warum er nicht spontan bereits 1948 oder noch früher beigetreten ist. „Mein Schulleiter bat mich mal zu einer Monatsversammlung mitzukommen. Da saßen aber nur graue Herren in grauen Anzügen, da fühlte ich mich nicht wohl.“

1950 ist er aber dann der GEW beigetreten. Es handelt sich um unseren Kollegen Günter Sporn, den letzten Rektor der Hauptschule an der Sandstraße in Horst. Die Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen war damals sehr wichtig. Sie haben mitgeholfen, das Steuer umzuwerfen, so dass aus der obrigkeitshörigen Schule eine neue deutsche Schule entstehen konnte, deren Erziehungsziele sich an Humanität, Frieden und Völkerverständigung ausrichteten.

In den Akten finden wir über die ersten Jahre dieser drei GEW-Ortsverbände leider nichts mehr. Ich bin jedoch fündig geworden und habe die Protokollbücher des alten Lehrervereins Buer gefunden. Es beginnt handschriftlich (Schönschrift Sütterlin) mit einer Vorbemerkung: *„Im Herbst 1901 vereinigten sich die Lehrer der evangelischen Schulen zu Buer und Sutum um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten und durch Vorträge und Lektionen an ihrer Weiterbildung zu arbeiten.“* Die Sitzungen finden in der Regel donnerstags statt, beginnen um 08:30 Uhr und dauern ca. 2,5 Stunden. Das letzte Protokoll, datiert vom 10. Mai 1933, anwesend waren 80 Mitglieder, Sitzungsbeginn: 08:00 Uhr. Dort heißt es: *Herr Schulte-Kinderbauer eröffnet die außerordentliche Hauptversammlung mit dem Gruß und gibt Erklärungen zur kommenden Organisation. Herr Weingarten (Schriftführer) rät von einer Auflösung des D.L.V. (Deutscher Lehrerverband) ab. ... Er bringt folgenden Antrag ein: „Die zukünftige Organisation der Lehrerschaft ist der D.L.V. In der anschließenden Debatte werden die hohen Ziele des D.L.V. anerkannt, doch vermisst man den notwendigen soliden Rückhalt. In allen Fragen der*

*Vergangenheit zeigte sich zu oft ein nebeneinander und gegeneinander durch den NSLD (Nationalsozialistischer Lehrerbund) ist zu hoffen, dass die vertraute Einheit innerhalb der Lehrer ... wirklich wird.*

Der Antrag Weingarten wird abgelehnt“ Die Versammlung schließt dann um 11:30 Uhr.

Es wäre sicherlich eine lohnende Aufgabe, diese beiden handschriftlichen Protokollbücher mal in Ruhe durchzuarbeiten. Voraussetzung: Man muss Sütterlin lesen können.

Karl-Heinz Mrosek

---

## Dulisch wechselt nach Düsseldorf

Leibniz-Leiterin ist nun Englisch-Dezernentin

Ellen Dulisch hat das Leibniz-Gymnasium verlassen. Die bishrige Schulleiterin des Gymnasiums von der Breddestraße hat sich bei der Bezirksregierung Düsseldorf erfolgreich als Dezernentin für Englisch beworben. Dass sie im noch laufenden Schuljahr gewechselt ist, begründet eine Sprecherin der Bezirksregierung mit der Entscheidung des Ministeriums, die zum jetzigen Zeitpunkt gefallen sei.

Der Gelsenkirchener Bildungsdezernent Manfred Beck freut sich „persönlich“ für Dulisch, bedauert aber den „Verlust“ für die Stadt. Er setzt nun auf eine „schnellstmögliche Besetzung“ des vakanten Postens. Bis dahin leitet Stellvertreter Peter Opora das buersche Gymnasium.



Arbeitet nun für die Bezirksregierung: Ellen Dulisch.

M.M.

WAZ: Gelsenkirchen, 10.06.2008



## Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte – neu -

Wie vor den Sommerferien bereits bekannt wurde, wird die ATZ über den 31.12.2009 hinaus verlängert, leider nur **bis zum 31.12.2012**.

Folgende Geburtsjahrgänge können noch die (bessere!) „Alt“-ATZ mit einem Beginn am 01.08.2009 nutzen:

- Bis zum 01.08.1949 Geborene uneingeschränkt
- 02.08.1949 – 01.08.1950 Geborene dann, wenn sie ab dem 55. Lebensjahr auf die Altersentlastung verzichtet hatten.

**Wer ATZ machen möchte und unter die o. a. Geburtsjahrgänge fällt, sollte unbedingt von dem bisherigen ATZ-Angebot Gebrauch machen.**

Folgende Geburtsjahrgänge können nun die (schlechtere) „Neu“-ATZ nehmen:

- 02.08.1949 – 01.08.1950 Geborene, wenn sie nicht auf die Altersentlastung am 01.08.2005 verzichtet hatten,
- 02.08.1950 – 01.08.1952 Geborene

Alle nach dem 01.08.1952 Geborene müssen leider auf die 2011/2012 zu erkämpfende Verlängerung verwiesen werden.

ATZ-Neu kann nur noch **ab** dem 01.08. nach Vollendung des 60. Lebensjahres begonnen werden, allerdings mit **55 % Arbeitsleistung** statt 50 % der bisherigen Stundenzahl (Durchschnitt aus den 5 Jahren vor Beginn der ATZ). Von daher wird i. d. R. (ggf. Ausnahme: Teilzeitkräfte) die Arbeitsphase länger als die Freistellungszeit sein.

Während der ATZ muss auf die **Altersentlastung** verzichtet werden. Für jedes Jahr der ATZ muss **zusätzlich eine Stunde** geleistet werden. Dies kann durch Verzicht auf die Altersentlastung nach dem 55. Lebensjahr oder aber auch während der Arbeitsphase der ATZ geschehen. Wer 5 Jahre ATZ macht, braucht 5 zusätzliche Stunden; wer 2,5 Jahre ATZ macht, braucht 2,5 zusätzliche Stunden.

Wer wegen der Option „ATZ mit 59 nach dem 31.12.2009“ auf die Altersentlastung ab 55 verzichtet hatte, kann diesen Verzicht für ATZ ab 60 nutzen. Wer noch nicht auf AE verzichtet hat, kann auch nach dem 55. (also mit 56, 57 oder 58) auf die AE verzichten. Dadurch wird die Arbeitsbelastung während der Arbeitsphase der ATZ verringert; manchmal wird dadurch auch ein früherer Ausstieg möglich.

**Die Dienststellen nehmen Erklärungen für das laufende Schuljahr noch bis zum 31. August 2008 an! Es soll großzügig verfahren werden.**

**Vorgriffsstunden** sind ggf. gegen zu rechnen. Eine seiner Zeit beantragte Flexibilisierung kann hier hilfreich sein. Evtl. muss diese verändert werden (bei einem Beginn der Rückgabe ab 2010 muss bis **Oktober 2008** eine Änderung beantragt werden).

Beim **Gehalt während der ATZ** und bei der Anrechnung der ATZ für das **Ruhegehalt** ergeben sich keine Veränderungen.

Lothar Jacksteit

---

## Versorgungsabschlag für Beamte in Teilzeit

*Wichtig wegen der Benachteiligung von Frauen*

In den vergangenen 20 Jahren hat der Gesetzgeber diverse Abschlagsregelungen und Malusregelungen für Pensionäre eingeführt. Einer dieser vielen Abschläge ist verfassungswidrig und darf nicht mehr angewandt werden. Es handelt sich um den Abschlag, den Beamtinnen und Beamte dann bekommen, wenn sie seit den 70er Jahren bis heute in Teilzeitbeschäftigung gearbeitet haben oder gar beurlaubt waren.

Seit 1977 kennen wir im Schulbereich Teilzeitbeschäftigung. Zunächst wurde Mitte der 1970er Jahre familienbezogene Teilzeit und familienbezogener Urlaub nach § 85 a LBG eingeführt. Diese Tatbestände verringerten zwar den Versorgungsanspruch proportional zu den gekürzten Arbeitszeiten, sie wurden ansonsten aber nicht mit einem „Strafabschlag“ belegt. 1981 war auch die Möglichkeit für Teilzeitbeschäftigte ohne familiären Hintergrund, nämlich aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, möglich. Wir erinnern uns: Von dieser Möglichkeit machte das Kultusministerium damals Gebrauch, indem es eine Zwangsteilzeit für Berufsanfänger einführte. Diese Teilzeit war mit



einem besonderen Malus belegt. Teilzeit bzw. Urlaubszeiten wurden in Urlaubsjahre umgewandelt. Für jedes Urlaubsjahr gab es dann einen Abschlag von 0,5 Prozentpunkten auf den Versorgungsabschlag. 1984 gab es dann eine neue Berechnungsformel für diesen Abschlag, aber dieser Abschlag wurde nun auf jegliche Art von Urlaub und Teilzeit ausgedehnt.

Durch die Änderung des Versorgungsgesetzes von 1997 wurde dann noch einmal zugeschlagen, indem man die Vordienstzeiten (Studium, Seminar) um den Prozentsatz kürzte, der auf Grund von Urlaub und Teilzeit an der möglichen Lebensarbeitszeit fehlte.

Damit ist nun Schluss. Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2008 festgestellt, dass diese Regelung verfassungswidrig sei, da sie besonders Frauen benachteilige, denn Frauen nehmen im öffentlichen Dienst überproportional die Möglichkeit von Urlaub und Teilzeit wahr.

Eine Nachfrage beim LBV hat ergeben, dass dort das Urteil schon bekannt ist, dass man jedoch zurzeit noch die Pensionsberechnungen nach altem Rezept mache. Jeder der nun in den Ruhestand geht bzw. dessen Abrechnung noch nicht bestandskräftig ist, sollte mit dem LBV Kontakt aufnehmen und gegebenenfalls Widerspruch einlegen.

Das lohnt sich, da kommen schon einmal 6 bis 7 Prozentpunkte zusammen.

Alle die, deren Abrechnungen bestandskräftig sind, müssen nun darauf bauen, dass die Landesregierung eine politische Lösung sucht, um auch diese Beamtinnen und Beamten finanziell an der neuen Rechtslage zu beteiligen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass dieser Erfolg vor dem Verfassungsgericht auf eine Rechtsschutzinitiative der GEW zurückgeht.

Karl-Heinz Mrosek

wirkung für Tausende pflegebedürftige Beamte und deren Angehörige in NRW haben dürfte. Konkret hatten sich die Richter mit der Klage einer 90-jährigen Beamtenwitwe befasst. Die Seniorin lebt in einem Pflegeheim in Essen – ihre Pension wie ihre Beihilfe, die Beamte und deren Angehörige bei Krankheiten und im Pflegefall erhalten, reichen aber nicht aus, um die monatlichen Kosten von rund 3.500 Euro zu bezahlen. Jeden Monat entsteht eine Lücke von 520 Euro.

#### Vermögensfrage

Die zuständige Behörde, die Stadt Essen, lehnte den Antrag auf Erhöhung der Beihilfe jedoch ab – damit wäre der Seniorin nur noch der Gang zum Sozialamt geblieben. Ob sie dort jedoch erfolgreich gewesen wäre, ist zweifelhaft. Bei der Sozialhilfe wird das Vermögen der Betroffenen angerechnet, bei der Beihilfe nicht. Das Gericht stellte sich nun eindeutig auf die Seite der Seniorin. Es entschied, dass die Stadt die Beihilfe neu berechnen müsse. Die Vorsitzende Richterin Regine Blanke sagte: „Der Staat wäre fein raus, wenn er auf die Sozialhilfe verweisen könnte.“

„Angemessen versorgt“

Ausdrücklich betonte die Richterin, dass zwischen Beamten und dem Staat ein gegenseitiges Treueverhältnis besteht, so dass der Beamte und seine Familie auch im Fall der Pflegebedürftigkeit angemessen versorgt werden.“ Müssten Beamte Sozialhilfe beantragen, würde dies die Verabschiedung von den rechtlich verankerten Kernsätzen des Beamtentums bedeuten, das nicht nur Rechte kenne, sondern auch Pflichten.

Die 3. Kammer berief sich dabei auch auf das Oberverwaltungsgericht Münster, das im November ein ähnliches Urteil gefällt hatte. Zuvor wurde in der Rechtsprechung lange Zeit die Sozialhilfe favorisiert. Die Stadt Essen hat bereits angekündigt, Berufung einzulegen. (AZ: 3 K 535/05) ▪ if

---

## Dienstherr muss Pflege sichern

### Urteil: Beamte haben Anspruch auf Beihilfe

GELSENKIRCHEN ▪ Richter Jörg Baumeister ist sich sicher: „Der Finanzminister wird über unsere Entscheidung nicht erfreut sein.“

Die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen hat gestern ein Urteil gefällt, das Signal-





## Der außerschulische Lernmarkt expandiert Insbesondere die sozial Schwächeren sind benachteiligt



Foto: imago

**Derzeit gibt es bundesweit etwa 4.000 private Bildungseinrichtungen, Tendenz steigend.** Sie sind organisiert wie normale Gewerbebetriebe.

Untersuchungen belegen, dass bundesweit der Nachhilfeunterricht nach der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur erheblich zugenommen hat. Im Saarland ist laut SPIEGEL vom 14.01.08 die Zahl der vom Kultusministerium akkreditierten privaten Einrichtungen seit der Umstellung auf G8 um etwa ein Viertel gestiegen; in Baden-Württemberg habe sich die Nachfrage seither etwa verdreifacht. Ungefähr sechs Millionen Einträge spuckt Google unter dem Stichwort „Nachhilfe“ aus.

Nach der aktuellen Shell-Jugendstudie hat sich der Anteil der Nachhilfe-Schüler bundesweit zwischen 2002 und 2006 von 18 auf 23 Prozent erhöht. Rund 930.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland erhalten nach Angaben des Bundesverbandes Nachhilfe- und Nachmittagschulen (VNN) Nachhilfeunterricht. Davon besuchen rund ein Drittel private Bildungs-Einrichtungen, der Rest lässt sich privat von pensionierten Lehrern, Schülern oder Studenten unterrichten.

Nach Einschätzung von Klaus Hurrelmann gibt es etwa 4.000 private Bildungseinrichtungen, die wie normale Gewerbebetriebe organisiert sind –Tendenz steigend. Die Hälfte davon gehört zu den Ketten „Studienkreis“ und „Schülerhilfe“. „Es sollte nicht wundern, wenn sie sich zu Kristallisa-

tionspunkten für weitere kommerzielle Vollschulen entwickeln“, so Hurrelmann in einem Gastbeitrag von fr-online im Januar 2008.

An der Technischen Universität Chemnitz soll im Wintersemester die erste universitäre Weiterbildung in Sachen Nachhilfe starten. „Integrative Lerntherapie –Ressourcenmanagement für Lern- und Entwicklungsförderung im Kindes- und Jugendalter“ heißt der neue Masterstudiengang, möglicher Abschluss: „professioneller Lerntherapeut“.

### Nachhilfe-Boom aufgrund verkürzter Schulzeit

Der außerschulische Lernmarkt expandiert. In Worpsswede arbeitet z. B. eine „Pädagogisch Therapeutische Einrichtung“ (PTE) nach dem Franchise-Prinzip. 25 Mitarbeiter pflegen in der Zentrale in Waiblingen Kontakte mit der Wissenschaft, suchen Konzepte und prüfen die besten Fördermethoden. „Unter den 20 bis 30 Schülern einer Klasse gibt es immer Kinder, deren individuelle Schwächen von den Lehrern im Unterricht nicht aufgefangen werden“, sagt PTE-Gründer Dittmann. Inzwischen arbeiten 100 Pädagogen bundesweit in den Filialen.

Seit zehn Jahren existiert das Marburger „Lernteam“. Ca. 30 Lehrer, Referendare und Studenten sind dort beschäftigt. Die Firma bietet „Tagescoaching-Pakete“ ab 390 Euro an. Für ein „Jah-

rescoaching-Paket“ muss man schon 3.900 Euro hinblättern. Garantiert wird hier ein Kennenlern-Besuch, Begleitung und Unterstützung das gesamte Jahr hindurch per Telefon, Fax, E-Mail oder Brief, ein Ferienseminar der Wahl. Ein einwöchiger Spezialkurs „Fit für den Übertritt“ bereitet vor auf den „sanften“ Wechsel in die Klasse 5 und übt für den Probeunterricht, der in Bayern an Gymnasien Pflicht ist.

### **Coaching-Paket kostet 3.900 EUR**

„Solange Schulen mangels Personal keine individuelle Förderung während des Unterrichts garantieren können, wie das in Finnland der Fall ist, zahlen die Eltern das Nachhilfeprogramm“, resümiert die Journalistin Birgitta von Lehn in der Welt am Sonntag vom 17.02.08 „Nachhilfe ist vom G-8-Modell, wie wir es erleben, beinahe als Strukturelement vorgesehen“, schreibt Reinhold Beckmann in der FAZ (16.02.).

Die Kinder- und Jugendstudien zeigen deutlich, dass es in allererster Linie die wohlhabenden Eltern sind, die in den Nachmittagsunterricht investieren. Und oft sind die Programme erfolgreich: Da mit einer genauen und individuell zugeschnittenen Ausgangsdiagnose gearbeitet wird, können die Schülerinnen und Schüler sehr gezielt gefördert werden und verbessern schnell ihre Leistungen. Bildungspolitisch sind diese Effekte aber höchst problematisch. Hurrelmann: „Denn die ohnehin schon sehr große Abhängigkeit der schulischen Leistungen von der sozialen Herkunft in Deutschland wird so weiterverstärkt.“ Eine differenzierte individuelle Förderung auf hohem Niveau wäre natürlich auch in den Schulen möglich. Dazu müssten diese allerdings besser mit Personal ausgestattet sein und entsprechende Fortbildungen angeboten bekommen.

HENNER SAUERLAND  
E&W Niedersachsen 4/2008

---

## **Auswertung des Zentralabiturs 2008**

Barbara Sommer müht sich, mit Stimmungsmache gegen die Gesamtschulen von den Pleiten, Pech und Pannen im Zentralabitur abzulenken. Zitat: „Wir dürfen aber die grundlegenden Probleme an den Gesamtschulen bei der Vorbereitung ihrer Schüler auf das Abitur nicht mehr länger ignorieren. Deshalb werden wir durch strukturierte und zielorientierte innerschulische und externe Maßnahmen die Schulentwicklung und die fachbezogene Unterrichtsentwicklung fördern. Jahrelang haben sich die SPD-Vorgängerregierungen

die Gesamtschulen aus ideologischen Gründen schön geredet. Angesichts der Leistungsunterschiede zwischen Gymnasien und Gesamtschulen ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass die SPD weiter an ihrem Konzept der Einheitsschule festhält und die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen abschaffen will. Das ist eine unverantwortliche und nur von Ideologie geprägte Politik auf dem Rücken unserer Kinder. Wir halten am bewährten Schulsystem fest und entwickeln es kontinuierlich fort.“

GEW kritisiert die Aussagen Sommers zum Zentralabitur der Gesamtschulen als billige Polemik.

Beim Zentralabitur lässt sich aus der Sicht der GEW Frau Sommer offenkundig von dem Motto „Wie werde ich die Verantwortung los?“ leiten. Zur vorgelegten Auswertung des Abiturs 2008 merkte der GEW-Vorsitzende, Andreas Meyer-Lauber an: „Den seit langem bekannten Unterschied der Durchschnittsnoten beim Abitur zwischen Gymnasien und Gesamtschulen kann man mit einem kurzatmigen Maßnahmenbündel ohne weitere Ressourcen nicht wirkungsvoll ausgleichen.“ Damit werden der Öffentlichkeit Ankündigungen gemacht, die nicht einzuhalten sind. Die Ministerin macht außerdem mit altbekannten Daten weiterhin billige Polemik gegen Gesamtschulen

---

## **CAS-Rechner – Privatisierung und soziale Selektion durch die Hintertür**

Es geht ‚nur‘ um Rechner. Die Problembeschreibung: „An den nordrhein-westfälischen Gymnasien werden die Eltern von Oberstufenschülerinnen und -schülern aktuell darüber informiert, dass das Schulministerium plant, die Nutzung von Taschenrechnern mit Computer-Algebra-System (CAS) im Mathematikunterricht verbindlich zu machen. (...) Die Eltern müssen von Anschaffungskosten von ca. 175 Euro pro Taschenrechner ausgehen. Diese Summe ist von weniger privilegierten Familien, beispielsweise von Familien mit ALG-II-Bezug nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten aufzubringen. Nichtsdestotrotz hat das Schulministerium in einem Runderlass eindeutig geregelt, dass es sich bei den CAS-Rechnern nicht um Lernmittel handelt; sie also als Teil der persönlichen Ausstattung von den Eltern zu beschaffen sind.“ Die Stellungnahme der Landesregierung: „Eine Verpflichtung der Eltern zur Übernahme der Kosten für Taschenrechner kann sich dann ergeben, wenn sie Teil der den Eltern nach § 41 Abs.

1 SchulG obliegenden allgemeinen persönlichen Ausstattung des Kindes sind. Nach Ziff. 2.2 der Bestimmungen zur Lernmittelfreiheit (BASS 16-01 Nr. 5) gehören dazu unter anderem Schreib-, Zeichen- und Rechengeräte aller Art einschließlich technischer Hilfsmittel. Allerdings muss die Anschaffung solcher Gegenstände auch zumutbar sein. Danach sind Eltern also insoweit verpflichtet, einen Taschenrechner für wenige Euro zu beschaffen. Bei CAS-Rechnern hingegen ist die zumutbare Höhe überschritten. Solche Rechner können deshalb nur auf freiwilliger Basis angeschafft werden. Dabei ist aber in jedem Fall sicher zu stellen, dass alle Schülerinnen und Schüler einer Lerngruppe sich freiwillig zur Anschaffung eines CAS-Rechners entscheiden.

---

## Schnittstelle zwischen beruflicher und höherer Allgemeinbildung

Die Landesregierung ist schon wieder einen entscheidenden Schritt weiter. Zitat: „Auf Anregung des MSW wird das MIWFT den Vorschlag, eine Professur für Realschulpädagogik einzurichten, an die Lehrer ausbildenden Universitäten herantreten. Frau Prof. Dr. Jutta Mägdefrau, die Inhaberin des Lehrstuhls für Realschulpädagogik an der Universität Passau, diagnostiziert. „Die Realschule formuliert ihren Bildungsauftrag an der Schnittstelle zwischen beruflicher und höherer Allgemeinbildung. Dies müsste zu spezifischen unterrichtsmethodischen Konzepten führen.“ (Abdruck eines Vortrages auf dem 40. Mülheimer Kongress des RLV NRW in Bildungsreal 3/2008 und 4/2008) Anknüpfend an diese Aufgaben geht es darum, die zukünftigen Lehrkräfte auf die Mehrgestaltigkeit dieses Anspruches durch geeignete Studienangebote vorzubereiten. Die Forderung des Realschullehrerverbandes Nordrhein-Westfalen stellt eine wichtige Anregung dar, die mit dem Reformanliegen übereinstimmt, den Schulformbezug in der Lehrerausbildung klar zu akzentuieren.

<b>Druck:</b>	Firma Blömeke SRS GmbH Resser Straße 59, 44653 Herne
<b>Auflage:</b>	4.000 Exemplare

## Die Zielvereinbarung, die Qualitätsanalyse ... und das Schulgesetz

Dr. Sabine Müller (IFS Dortmund) schreibt in der Zeitschrift Schulverwaltung zum Thema **'Zielvereinbarungen nach der Schulinspektion'**. Zunächst kann die Grundsatzaussage nicht überraschen: "In der Schule beginnt die eigentliche Arbeit spätestens nach Erhalt des Inspektionsberichts. (...) Zielvereinbarungen zwischen Schulaufsicht und Schule sollen helfen, den Entwicklungsprozess der Schulen zu steuern und für eine gewisse Verbindlichkeit Sorge zu tragen." Bemerkenswert ist eine Passage auf der ersten Seite. Nach dieser Einführung .... "Dies findet sich auch im nordrhein-westfälischen Schulgesetz wieder, das die Rechtsgrundlage für Zielvereinbarungen festlegt. Dort heißt es in 3." Dann folgt - grau unterlegt - ein Zitat aus dem Schulgesetz. **Das Zitat ist allerdings fehlerhaft. Der letzte und einzige Satz, der das Wort 'Zielvereinbarung' enthält, steht nicht im Schulgesetz.** Sicher nur ein Versehen - oder?

---

## Buchbesprechung



### Bildung neu bilden – Balancen finden

das ist der Titel des Berichtes des 14. Bundeskongresses „Frauen und Schule“ in Potsdam, September 2007. Das Buch ist erschienen als Band 163 in der wissenschaftlichen Reihe beim Kleine Verlag. Die 34,00 Euro sind gut angelegtes Geld. Dafür erhält man immerhin 457 Seiten mit einer Vielzahl von Referaten, Beiträgen und Analysen aus den vier Feldern – **Bildung neu bilden – Was nun mit den Jungen – Balancen finden – 25 Jahre Frauen und Schule**. Zusätzlich erhält man sämtliche Materialien des Bundeskongresses auf einer CD, die kostenlos mitgeliefert wird.

Ich habe als Mann die Arbeit von Frauen in der GEW immer interessiert verfolgt und auch unterstützt. In den letzten 30 Jahren ist hier sehr vieles erreicht worden. All das wird in diesem Buch noch einmal hervorgehoben und benannt. So wird gefordert „mehr Mädchen in die Naturwissenschaften“. Es wird bei der Hochbegabtenförderung auf Unterschiede zwischen Mädchen

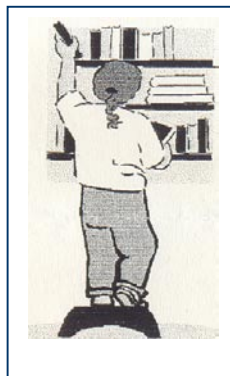
und Jungen im Lernverhalten hingewiesen und es wird letztlich die Bildungsarmut der Jungen gesehen und die Frage gestellt: Was tun für gleiche Chancen? Der einzige Autor Peter Moser fordert sogar selbstbewusst „geschlechterbewusste Jungen- und Männerarbeit“. Die Frauen sind sich einig, dass noch viel zu tun ist. Das sehe ich auch so.

Vermisst habe ich bei der Lektüre dieses Buches und beim Checken der CD, dass der gesamte Bereich Migration ausgeklammert ist. Auch die besonderen Probleme der Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund, speziell derer, die aus islamischen Ländern kommen, wird überhaupt nicht wahrgenommen. Begriffe wie Kopftuch, arrangierte Ehen, Zwangsheirat, Importbräute, Ehrenmorde tauchen überhaupt nicht auf. Es kann doch nicht sein, dass bundesweit gewerkschaftlich engagierte Lehrerinnen dieses ganze Kapitel nicht im Blick haben. Als Gewerkschafter sind mir die gerade genannten Probleme nicht unbekannt und ich kämpfe hier für die Rechte von Frauen mit Migrationshintergrund. Ich würde mich freuen, wenn ich mir hier der Solidarität der Frauenbewegung in der GEW gewiss wäre.

Karl-Heinz Mrosek



## Inventarisierung von Schulvermögen – nicht durch Lehrkräfte



Alle Vermögensgegenstände in Schulen der öffentlichen Schulträger müssen demnächst inventarisiert werden.

Das fordert das neue Kommunalfinanzmanagement, um eine Eröffnungsbilanz der tatsächlichen Vermögenswerte herstellen zu können.

Eine solche Inventarliste muss angefertigt und regelmäßig aktualisiert werden. Einzelne Schulträger haben bereits angekündigt, „sich für diese Arbeiten der Hilfestellung der Lehrkräfte zu versichern“.

Dazu muss klargestellt werden:

- **Die Inventarisierung schulischen Vermögens ist Sache der öffentlichen Schulträger!**
- **Diese Aufgabe ist mit Schulträgerpersonal durchzuführen!**
- **Lehrkräften dürfen solche Aufgaben nicht übertragen werden! Aus der Allgemeinen Dienstordnung (ADO) leitet sich ab, dass diese in die Zuständigkeit der Schulleitung und des Schulträgers fallen.**
- **Die Schulleitung ist im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 18 Abs. 9 ADO) nur verpflichtet, dem Schulträger notwendige Informationen zur Verfügung zu stellen, nicht aber Lehrpersonal.**
- **Aus einem diesbezüglichen Schreiben von Staatssekretär Winands: „Eine Hilfestellung durch Lehrerinnen und Lehrer ist allenfalls im Einzelfall auf freiwilliger Basis möglich, wenn dies die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben der Lehrkräfte nicht beeinträchtigt.“**

Sollte also eine derartige Aufgabe an Sie herangetragen werden, lehnen Sie diese vor allem aus dienstrechtlicher und versicherungstechnischer Sicht ab.

**Aber auch angesichts der immer weiter steigenden Zusatzbelastungen von Lehrkräften ist eine Übernahme solcher Aufgaben aus anderer Zuständigkeit strikt zurückzuweisen!**

**Wenden Sie sich ggf. an Ihren Personalrat!**

G. Nünn.

## Islam-Verband lässt Jugendarbeit prüfen

Antidemokratisch, antijüdisch:

### Nach schweren Vorwürfen Studie in Auftrag gegeben

Köln ■ Der von der Polizei als antidemokratisch und antijüdisch eingestufte „Verband der islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) lässt seine Jugendarbeit von unabhängiger Seite wissenschaftlich überprüfen. „Wir möchten mit dieser Studie für Transparenz und Klarheit sorgen“, erklärte Vizepräsident Mustafa Imal gestern.

In einem im April bekannt gewordenen Dossier der Kölner Polizei waren gegen den Verband schwere Vorwürfe erhoben worden. In der Analyse wird davon ausgegangen, „dass der hierarchisch und zentralistisch geführte VIKZ entgegen seiner offiziellen Darstellung eine antiwestliche, antidemokratische und antijüdische Einstellung vertritt“, hieß es. Darüber hinaus wird die Organisation durch ein Gutachten belastet, das vor vier Jahren im Auftrag der hessischen Landesregierung entstand. Darin wird den Schülerwohnheimen der Organisationen eine Tendenz zur Abschottung und zum Separatismus bescheinigt.

Der Verband, der etwa 300 selbstständige Moschee- und Bildungsvereine vertritt, hatte die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Die Migrationsexpertin Ursula Boos-Nünning von der Universität Duisburg-Essen wurde nun beauftragt die Jugendarbeit in den 19 Schülerwohnheimen zu untersuchen, die von den Mitgliedern des Verbandes unterhalten werden. Diesen Einrichtungen wird vorgeworfen, die Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren würden religiös indoktriniert und zur Gewalt erzogen. Wissenschaftliche Belege gibt es nicht. Auch das hessische Gutachten ist nach Angaben von Boos-Nünning nie offiziell veröffentlicht worden, so dass seine Methodik nicht überprüft werden könne. Boos-Nünning stellte klar, dass ihre Studie neutral, ergebnisoffen und gemäß wissenschaftlicher Standards durchgeführt werde.

■ ddp

Ruhr-Nachrichten 23.09.2008

Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton

## Ältere Menschen nutzen das Internet Silver Surfer

„Für was drein geht und nicht drein geht ein trefflich Wort zu Diensten steht“, lesen wir in Goethes Faust.

Ein solch treffliches Wort scheint nun wieder einmal gefunden zu sein.

Es handelt sich um das Internet und seine Benutzerinnen und Benutzer. Die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und die Geschwindigkeit, mit der man an unermesslich reichhaltige Informationen gelangt, haben es zum zentralen Medium unserer Zeit werden lassen. Noch immer glauben viele, das Internet sei nur etwas für junge Menschen. Deshalb wird mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen, dass der Anteil älterer Menschen, die das Internet benutzen, immer größer wird.

Immer mehr ältere Menschen erkennen, dass sie mit Hilfe des Internet bei sinnvoller Anwendung ihre intellektuellen, kommunikativen und sozialen Kompetenzen erhalten und stärken können. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten ihnen ungeahnte Chancen und Möglichkeiten bei der Gestaltung des täglichen Lebens. Man kann sich in den eigenen vier Wänden auf dem Laufenden halten, Informationen zu Gesundheit, Reisen, Wohnen, Recht, Finanzen und zu sozialen Fragen ganz problemlos ins traute Heim holen wie auch rund um die Uhr mühelos Telefon- und Fahrplanauskünfte abrufen. Schon 20 Prozent der Internetbenutzer sind älter als 50 Jahre. Die Angehörigen der älteren Generation sind nach wie vor die am stärksten wachsende Gruppe. Da konnte es nicht ausbleiben, dass man für sie auch eine Bezeichnung erfand: die Silver Surfer“.

H. C.

**Einladung  
zur Jahreshauptversammlung  
Stadtverband Gelsenkirchen  
Termin: Mittwoch, 4. Februar 2009**

**18:00 Uhr**

**Ort: DGB-Haus der Jugend  
Gabelbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen  
(direkt am Marktplatz/  
Margarete-Zingler-Platz)**

Der Vorstand

## Wie uns die Alten sunen ... Was Ältere besser können als Junge

Die folgende Liste der hundert Dinge, die wir Alten besser als die junge Generation können, ist uns aus unbekannter Quelle zugeflogen. Wir finden sie so schön, dass wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.	
1. Volkslieder	9. auf den Wochenmarkt gehen
2. Sütterlin lesen	10. ZDF gucken
3. häkeln, stricken, klöppeln, sticken	11. wandern
4. Marmelade kochen	12. Kulturkonzerte besuchen
5. Geschichten erzählen	13. Blumen zum Blühen bringen
6. den Nobelpreis bekommen	14. sich erinnern
7. den Hund ausführen	15. beten
8. Kaffeebohnen von Hand mahlen	16. die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie prüfen

## Das ‚Schützenbrauchtum‘ in Jugendbetreuung und Jugendförderung

Im Koalitionsvertrag hatten CDU und FDP die ideologischen Leitlinien ihrer Politik so beschrieben: „Dafür müssen wir gemeinsam die Proportionen wieder zurechtrücken, die aus dem Lot geraten sind: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen, Verlässlichkeit statt Beliebigkeit.“ Ein Element dieser Erneuerungspolitik ist offenbar das Schützenbrauchtum:

1. Der Landtag sieht in der Arbeit der Schützenbruderschaften und –vereine einen wertvollen Beitrag zur Heimat- und Brauchtumpflege in Nordrhein-Westfalen.
2. Der Landtag erkennt das ehrenamtliche Engagement der Schützenschwestern und Schützenbrüder für die Gesellschaft und ihren Einsatz für die Jugendbetreuung und Jugendförderung ausdrücklich an.
3. Das Land Nordrhein-Westfalen soll die Verdienste der Schützenbruderschaften und –vereine durch die Vergabe einer Ehrenplakette zu Vereinsjubiläen in angemessener Weise würdigen und seine Wertschätzung damit zum Ausdruck bringen. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen zur Ausgestaltung einer Ehrenplakette als Anerkennung für eine langjährige Vereinstätigkeit zu schaffen.
4. Das Land Nordrhein-Westfalen soll einen Preis für Schützenbruderschaften und –vereine ausloben, die sich in herausragender Weise für die Bewahrung des Brauchtums und die Pflege der Tradition eingesetzt haben oder einen vorbildlichen Beitrag auf karitativem Gebiet, in der Jugendförderung oder im Jugendschutz geleistet haben.“

Und ... „Durch die Weitergabe traditioneller Werte an junge Menschen und deren Heranführung an den Schießsport leisten die Vereine auch eine wichtige Arbeit im Bereich der Jugendbetreuung und Jugendförderung.“

## Kopfnoten für Lehrer?

Prädikat	entspricht den Anforderungen in besonderem Maße	entspricht voll den Anforderungen	entspricht im Allgemeinen den Anforderungen	entspricht im Ganzen noch den Anforderungen	entspricht nicht den Anforderungen
Arbeitsleistung	reißt Bäume aus	reißt ein Bein aus	reißt sich zusammen	reißt keinen vom Hocker	reißt vor der Arbeit aus
Belastbarkeit	erledigt alles gleichzeitig	erledigt den Widersacher	erledigt Arbeit sofort	erledigt selten etwas	ist schnell erledigt
Kommunikationsfähigkeit	spricht mit Gott und Ebenbürtigen	spricht mit sich selbst und Vorgesetzten	spricht viel	spricht gern über andere	spricht guten Getränken zu
Geistige Fähigkeiten	löst jedes Problem sofort	löst Probleme mit einigem Nachdenken	löst meist die eigenen Probleme	löst gern Kreuzwörter	löst Probleme aus
Wissen	weiß alles am besten	weiß über alles Bescheid	weiß, was er falsch macht	weiß, wann Feierabend ist	weiß, wo gerade gefeiert wird
Verhalten gegenüber Vorgesetzten	Vorgesetzte macht er überflüssig	Vorgesetzten öffnet er die Tür	Vorgesetzte grüßt er fröhlich	Vorgesetzte fragt er nach der Uhrzeit	Vorgesetzten nimmt er den reservierten Parkplatz
Verhalten gegenüber Kollegen	Kollegen hat er nicht	Kollegen lässt er gern ins Messer laufen	Kollegen grüßt er korrekt mit „Mahlzeit“	Kollegen mag er weniger als Kolleginnen	Kollegen hält er von der Arbeit ab



GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88  
45899 Gelsenkirchen  
Tel.: 0209 513759  
Fax: 0209 514207

Homepage: [www.gew-gelsenkirchen.de](http://www.gew-gelsenkirchen.de)

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr  
Dienstag und Mittwoch: 15:00 – 18:00 Uhr

E-Mail: [gew-ge@gmx.de](mailto:gew-ge@gmx.de)



## Buchbesprechung

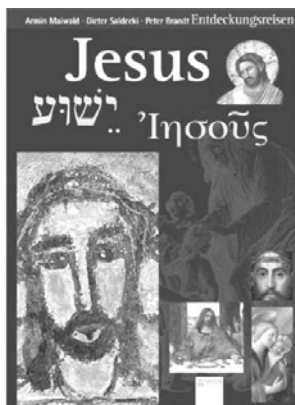


### Eine Entdeckungsreise – ausgerechnet zu Jesus

Armin Maiwald, Dieter Saldecki, Peter Brandt:

#### Entdeckungsreisen:

**Jesus – Jeschua – Iesous.** III. Hauke Kock, Arena Verlag 2007, 158 Seiten, 14,95 Euro.



Die Macher der „Sendung mit der Maus“ sind Autoren einer „Entdeckungsreise“ – ausgerechnet zu JESUS, nachdem sich der erste Band mit Columbus beschäftigt hat. Aber wen interessiert schon Jesus? – Kinder vielleicht, neugierig, offen, ehrlich, wie sie sind; aber Jugendliche und gar Erwachsene? Ist es für sie nicht eher peinlich, sich für den Mann Jesus zu interessieren, über den so viel Unglaubliches erzählt wird.

Übers Wasser soll er gegangen sein, Tote zum Leben erweckt haben; von einer Jungfrau geboren und aus einem Grab auferstanden sein ... Zuviel schwer Verständliches ist einem da schon zugemutet worden.

Zu wenig Platz und Zeit ist üblicherweise für Erklärungen, Kindern unserer Zeit die Brisanz des Geschehenen nahe zu bringen.

Warum stehen in der Bibel verschiedene Geschichten über Jesus? Was war mit Maria und Josef, wieso war er Davids Sohn, hatte er Geschwister, Freunde, war er gar verheiratet?

Die Macher der „Maus-Sendung“ zeigen auf erfrischende, manchmal freche Weise, dass es sehr wohl möglich ist, auf viele Fragen verständliche Antworten zu geben. Sie weisen auf die Verbindungen zwischen „Altem“ und „Neuem“ Testament hin, klären auf über Weihnachten, die Geburt

Jesu, die drei Könige ohne den Zauber zu nehmen. Und die letzten Tage in Jerusalem, Abendmahl, Angst, Verrat und Gefangennahme. Prozess und Kreuzigung, Verzweiflung, Auferstehung und Pfingsten – all die Berichte werden in den Kontext ihrer Zeit gestellt und können dadurch für unsere Zeit übersetzt werden.

Die Erklärungen der Autoren vermitteln eine Ahnung von der ungeheuren Faszination der Geschichte. Die Sache Jesu wird spannend wie ein Krimi, weckt Interesse, wirft weitere Fragen auf, so dass die Entdeckungsreise nicht zu Ende geht (für manche ein Leben lang nicht)!

Was ist Besseres über ein Religions-, Jugend- und Sachbuch zu sagen?

HILDE WÜRDEMANN

### Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Sexualerziehung in Schulen

Der Leitsatz der richterlichen Entscheidung lautet, dass die den Schulen auf dem Gebiet der Sexualerziehung auferlegten Gebote der Zurückhaltung und Toleranz sicherstellen, dass unzumutbare Glaubens- und Gewissenskonflikte bei Eltern und SchülerInnen nicht entstehen. (Beschluss vom 08.05.2008) Der Beschluss ruft in Erinnerung, dass der Staat auch im Bereich der Sexualerziehung unabhängig von den Eltern eigene Erziehungs- und Bildungsziele verfolgen darf, um die Kinder zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Umgang mit Sexualität anzuhalten.

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE 2009

SCHOCK-STUDIE VON INNENMINISTER  
SCHÄUBLE

## Jeder vierte Muslim in Deutschland gewaltbereit

Diese Studie sorgt für Unsicherheit und Unverständnis! Zahlreiche in Deutschland lebende Muslime sind laut einer von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (65, CDU) in Auftrag gegebenen Studie zu Gewalt gegen Andersgläubige bereit!

Unter Berufung auf die ihr vorliegende Erhebung berichtet die „Frankfurter Rundschau“, dass jeder vierte junge Islam-Gläubige gewaltbereit sei. Eine Schock-Studie!

Die Religion hat demnach innerhalb der muslimischen Bevölkerung eine sehr große und bei jungen Leuten noch wachsende Bedeutung. 40 Prozent der Muslime ordnet die Studie als fundamental orientiert ein, mit klaren religiösen Orientierungsmustern und Moralvorstellungen.

Besonders gefährlich: Eine kleine Gruppe von sechs Prozent wird als „gewaltaffin“ eingestuft! Immerhin 14 Prozent der Befragten, von denen knapp 40 Prozent einen deutschen Pass haben, stehen mit der Rechtsstaatlichkeit auf Kriegsfuß und zeigen eine problematische Distanz zur Demokratie. In Zeiten des internationalen Terrors sind das bedrohliche Zahlen!

Laut der Studie der Sozialforscher Peter Wetzel und Katrin Brettfeld identifizieren sich zwölf Prozent der Muslime in Deutschland mit einer stark religiös-moralischen Kritik an westlichen Gesellschaften. Kombiniert wird die Kritik mit der Befürwortung von Körperstrafen bis hin zur Todesstrafe!

Schäuble dazu: Darin ist ein „ernst zu nehmendes islamistisches Radikalisierungspotenzial“ zu sehen!

Der Kultur- und Sozialanthropologe Werner Schiffauer führt die Islamisierung muslimischer Migranten auch auf ihre Ausgrenzung zurück.

Schiffauer: „Jugendliche etwa, die in der dritten Generation in Deutschland leben, werden als Ausländer wahrgenommen. Ihre zentrale Erfahrung ist, dass sie sich als Deutsche fühlen und trotzdem ausgegrenzt werden. Dann suchen sie nach Antworten, woher diese Diskriminierung kommt.“

Eine Antwort könne die ethnische Zugehörigkeit sein, eine andere biete der Islam.

## Steht Islam-Professor bald alleine da?



Umstrittener Lehrstuhlinhaber: Prof. Dr. Muhammad Kalisch, Leiter des Centrums für religiöse Studien

Münster. Bundesweite Schlagzeilen waren dem Centrum für religiöse Studien (CRS) gewiss, als es vor fünf Jahren einen Lehrstuhl für Islamkunde einrichtete. Als erste Hochschule in Deutschland bildet die Universität Münster seitdem Islam-Lehrer für öffentliche Schulen aus. Dazu sitzen Moslems, orthodoxe Christen und Juden einträchtig im beratenden Beirat – das CRS wurde als Modellprojekt gefeiert.

Seit einigen Wochen ist das Centrum wieder in den Schlagzeilen, doch die, die jetzt zu lesen sind, sind alles andere als erfreulich. Erst wurde bekannt, dass eine ehemalige Mitarbeiterin Forschungsmittel unterschlagen haben soll, die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen aufgenommen. Und jetzt ist auch noch der Beirat geplätzt.

Wegen „erheblicher Diskrepanzen zwischen den Grundsätzen der islamischen Lehre und veröffentlichten Positionen“ von Kalisch hat der Koordinationsrat der Muslime die Zusammenarbeit aufgekündigt. In einem Gremium, das unter anderem Anregungen für die Ausbildung von Islam-Lehrern geben soll, sitzen damit nur noch ein Christ und ein Jude. Anlass genug für das Centrum, nun zu prüfen, ob man den Beirat noch braucht – zumal er überhaupt nur ein einziges Mal in voller Besetzung zusammengekommen sein soll.

Kalisch bedauerte Freitag die Entscheidung des Koordinationsrats: „Eine große Herausforderung für den Islam besteht darin, sich mit modernen historisch-kritischen Methoden mit dem Islam auseinander zu setzen. Es ist schade, dass sich die islamischen Verbände dieser Herausforderung nicht stellen wollen.“

Konkreteres über die „Diskrepanzen“ erfährt man nur hinter vorgehaltener Hand. So zweifle Kalisch, der als liberal gilt, nicht nur die Existenz zahlreicher Propheten, sondern neuerdings auch von Mohammed selbst an. Für die Verbände ein

Affront. Die wiederum, so heißt es an der Uni, hätten am CRS lieber „Verkündigungsunterricht“ als kritische Forschung gesehen – mit einem „Parademuslim“ als Leiter.

Doch den gibt Kalisch offenbar nicht ab. In Kürze will der Wissenschaftler seine Mohammed-Thesen auch noch in Buchform veröffentlichen. „Uns allen ist schon mulmig“, betont eine Kalisch-Mitarbeiterin.

Derweil äußert auch die Uni Bedauern über den Schritt des Koordinierungsrates. Nach Einschätzung von Rektorin Prof. Dr. Ursula Nelles habe er aber „keine Auswirkungen auf die Arbeit des Centrums und die von ihm angebotenen Studiengänge“.

Offen ist, ob dem Centrum nun die Studenten ausgehen werden. Der Koordinierungsrat ließ gestern verlauten, dass er muslimischen Studierenden „nicht länger empfehlen“ könne, sich an Kalischs Lehrstuhl einzuschreiben – was praktisch einem Boykottaufruf gleichkommt.

Martin Karlitschke, Münster  
Borkener Zeitung, 05.09.08

## GEW Ortsverband Gladbeck

Einladung zur **Jahreshauptversammlung 2009**

Am Montag, den **26.01.2009** findet die JHV  
im Lehrerzimmer der  
**Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule** statt.  
Beginn: **18:00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls vom 26.05.2008
2. Berichte des Vorstandes und des Kassierers mit Entlastung des Vorstandes
3. Diskussion der Situation im OV
4. Neuwahlen des Vorstandes und des Kassierers
5. Verschiedenes

R. Kranefeld

R. Stratmann

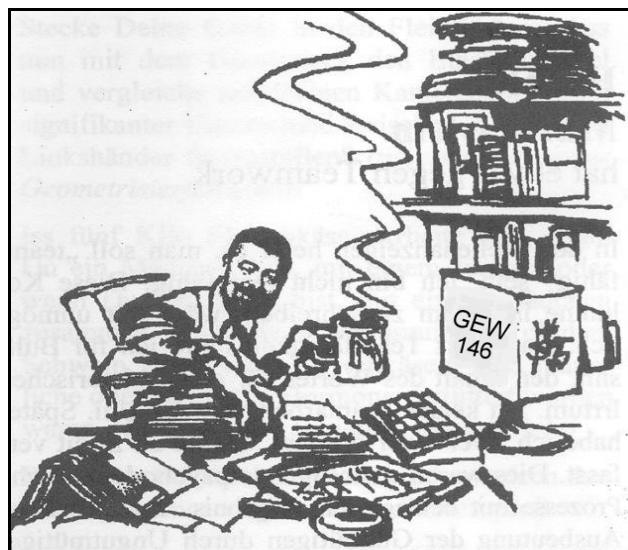
## Neue Redaktion

Wie Sie dem Impressum entnommen haben, wird diese Zeitung technisch nicht mehr von Frau Maria Lewandrowski erstellt. Dieses wird jetzt von den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle übernommen.



Frau Maria Lewandrowski hat seit 1993, Ausgabe GE-W 109, die Zeitung getippt und das Layout erstellt. Wir danken Frau Lewandrowski für die tolle Arbeit, die sie in den letzten Jahren geleistet hat und für ihre Bereitschaft, beim Übergang auch weiterhin mit Rat und Tat zu unterstützen. Wir sind aber sicher, dass Frau Lewandrowski in Zukunft eine treue Leserin dieser Zeitung bleiben wird.

Karl-Heinz Mrosek

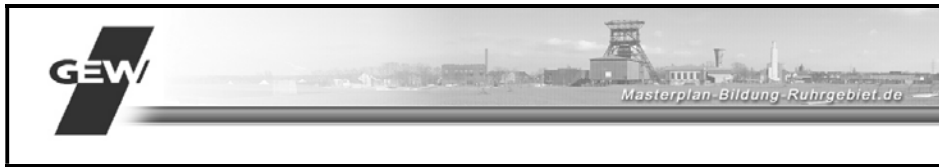


### Impressum

**Herausgeber:** GEW-Stadtverband Gelsenkirchen  
Essener Straße 88

**Redakteur  
(verantw.):** Karl-Heinz Mrosek

**verantwortl.  
i. S. d. P.:**  
Alfons Kunze GEW-Stadtverband Gelsenkirchen  
Essener Straße 88  
45899 Gelsenkirchen



„Wir gehen mit den Schwächsten in unseren Schulen grottenschlecht um. Die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher ist massiv und systematisch auszuweiten und zu vertiefen.“  
 Professor Klaus Klemm, anlässlich der Pisa - Ergebnisse von November 2008

„Die Kinder aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund sind im wahrsten Sinne des Wortes geborene Verlierer.“  
 MdB Prof. Lauterbach, in seinem Buch „Der Zweiklassenstaat“

### Ruhrgebetsdatenbank - Angebot für Unterrichtsplanung und Politik

Unter dem Motto „Daten für Taten“ hat das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung ZEFIR für unser Projekt eine interaktive „**Ruhrgebets – Datenbank zu Bildung und Sozialem**“ - **RUBS** - erstellt. Säulen, Zahlentabellen, eine nach Städten „anzuklickende“ Ruhrgebetskarte, ... stellen Sachverhalte variabel und plastisch, „über die vielen Kirchtürme des Ruhrgebietes“ hinaus blickend dar. Hier finden sich gebündelt und geballt Informationen zu

- Armut
- Bevölkerung/ Demografie
- Bildung
- Kinderbetreuung
- Kindergesundheit

Die in dieser Datenbank enthaltenen Einzeldateien zeigen auf, in welchem dramatischem Maße Handlungsbedarf für die Vielzahl der Kommunen unserer Region besteht.

Wir bedanken uns herzlich bei Volker Kersting und Patricia Scherdin für eine wissenschaftliche Recherche von neuer Qualität und Komplexität.

RUBS wird, als Angebot für den Politik- und Sozialkundeunterricht, Lehrerinnen und Lehrer die Arbeit erleichtern.

RUB kann ein Fundament für kommunalpolitische Arbeit sein. Es wird Druck gemacht für eine zielgenaue und wirkungsvolle regionale Politik. Bildungsarmut und Armut „im Pott“ müssen mit einer **ruhrgebetsübergreifenden Strategie** bekämpft werden!

Sie finden **RUBS**: Startseite **www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de**

### Bildungsregion Ruhrgebiet - in Aussicht

Regina van Dinther, CDU, hat als Präsidentin des Landtags der Öffentlichkeit Anfang Oktober den Bericht der Enquetekommission II „Chancen für Kinder“ vorgestellt.

Der Bericht umfasst 223 Seiten. Ohne „Taten“: Ein weiteres Buch verstaubt in den Regalen, ist jetzt schon Altpapier ...

... aber vielleicht tut sich ja doch endlich was: Es wird, bleiben wir vorsichtig, soll eine **Bildungsregion Ruhr** geben. Und wenn es diese geben wird, dann hat die AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet kräftig dazu beigetragen, „Bildung im Ruhrgebiet“ zum Bestandteil einer integrierten Standort- und Stadtteilentwicklung zu machen, neben „Wirtschaftsförderung“ und „Stadtentwicklung“. ([http://business.metropoleruhr.de/hier\\_rechts\\_downloads\\_pdf „Wandel als Chance“](http://business.metropoleruhr.de/hier_rechts_downloads_pdf_Wandel_als_Chance)) Die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH wird in den nächsten Jahren 6,04 Milliarden Euro in die Hand nehmen für „Konzept Ruhr“.

- Das Ruhrgebiet soll „Modell für eine systematische Weiterentwicklung des Bildungssystems in industriell geprägten Räumen“ werden.
- „Die besondere Sozialstruktur in der Metropole Ruhr schafft in vielen Stadtbezirken die Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen der Städte in den Bereichen Jugendhilfe und Bildung.“
- Zur „Koordinierung der Zusammenarbeit in der Region“ wird eine Organisationseinheit gegründet, die der Konferenz der Bürgermeister/ Landräte zugeordnet ist.
- In die Koordinierungsstelle sollen u. a. **Verbände des Bildungswesens und Gewerkschaften** einbezogen werden.

Es geht im Kern um die *Finanzielle Ausstattung von Gemeinden, die Zukunftsfähigkeit von Schulen, die Überwindung von Kinderarmut.*

Die GEW im Ruhrgebiet wird zur Orientierung beitragen, Rahmenbedingungen ... einfordern.

Karl Keining  
(GEW Bottrop)

Alfons Kunze  
(GEW Gelsenkirchen)

Norbert Müller  
(GEW NRW)

Dr. Brigitte Schumann  
(Mitglied GEW Mülheim)

Gerd Weidemann

Lothar Jacksteit  
(GEW Gelsenkirchen)

## Türkische Aleviten Gebt die Religion frei!

Von Karen Krüger



Die Aleviten gehen auf die Straße, hier noch in Deutschland, jetzt auch in der Türkei

23. November 2008 • Das hat bisher noch niemand so offen gewagt. Die Aleviten in der Türkei verlangen vom Staat die Abschaffung der Religionsbehörde, der Diyanet. Doch nicht nur das, zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei sind die Aleviten auf die Straße gegangen, um für ihre Rechte, für die Anerkennung ihrer Religionsgemeinschaft und ihrer Gotteshäuser zu demonstrieren. Fast hunderttausend Menschen versammelten sich am 9. November in Ankara zu der Großkundgebung. Angesichts der jahrhundertelangen Verfolgung und der seit der Gründung der türkischen Republik bis heute anhaltenden Marginalisierung der Religionsgemeinschaft war das an Mut kaum zu überbieten.

Unter frommen Sunniten gelten Aleviten als Häretiker, im Jahr 1993 legten deshalb islamische Eiferer in der ostanatolischen Stadt Sivas Feuer in einem Hotel, siebenunddreißig alevitische Intellektuelle und Künstler starben in den Flammen. Der Diyanet sind alle Belange islamischer Religionsausübung im Land unterstellt. Würde die Forderung der Aleviten umgesetzt, sie abzuschaffen, verbesserte sich nicht nur die Situation der religiösen Minderheiten in der Türkei. Der Staat wäre auch in der Lage, endlich sein größtes Versprechen einzulösen, nämlich säkular zu sein.

Der sunnitische Islam als Maß aller Dinge

Eine wirkliche Trennung von Staat und Religion hat es in der Türkei noch nie gegeben, genauso wenig existierte jemals Gleichheit vor dem Gesetz für alle Glaubensgemeinschaften. Die sufistischen Bruderschaften sind seit 1925 verboten. Nur Christen und Juden werden als religiöse Minderheiten anerkannt. Schätzungen sprechen von zwanzig Millionen. Die türkische Staatsreligion ist der

sunnitische Islam – auch wenn er offiziell nie dazu erklärt worden ist. Er ist in der Türkei das Maß aller religiösen Dinge, denn nur ihn erkennt die Diyanet als muslimisch an.

Zum Thema:

Umstrittener Tatort „Brandmal“. Hier bin ich Rom, hier darf ich's sein.

Trotz Roma-Protest: WDR will „Tatort“-Folge zeigen

Studie über Muslime in Deutschland: Sehr fromm, jedoch nicht fundamentalistisch

Die Soziologin Necla Kelek über Verbrechen im Namen der Ehre

Staatsgründer Kemal Atatürk schuf die Religionsbehörde als Instrument nationalstaatlicher Integration. Die Diyanet genießt Verfassungsrang; über sie kontrolliert der Staat alle religiösen Angelegenheiten im Land. Die Diyanet ist Herr der Imame und der siebzigtausend Moscheen des Landes, sie organisiert den Religionsunterricht in den Schulen, bereitet die Freitagspredigten vor und überwacht die Publikation des Korans. In Gestalt der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) ist das Amt auch in Deutschland vertreten.

Unerfüllte Hoffnung auf Anerkennung

Finanziert wird es aus Steuergeldern, die alle türkischen Bürger unabhängig von ihrem Glauben entrichten müssen. Laut einer Umfrage glauben achtzig Prozent der Türken, dass die Behörde unter politischem Einfluss steht. Im August 2001, mitten in der damaligen schweren Finanzkrise in der Türkei, forderten die Imame in einer Freitagspredigt die Gläubigen auf, ihre Bankeinlagen und ihr Bargeld in einheimische Türkische Lira und nicht in Devisen zu halten – Politiker und Wirtschaftsverbände hatten zuvor Ähnliches verlangt.

Genau Zahlen, wie viele Angehörige der alevitischen Glaubengemeinschaft in der Türkei leben, existieren nicht. Dass ihre Kinder von der Diyanet zu einem Religionsunterricht verpflichtet werden, der nichts mit ihrem Glauben zu tun hat und ihnen bisweilen Ketzertum unterstellt, dass die Regierung die alevitischen Gotteshäuser, die „Cemevi“, nicht anerkennt und sie anders als Moscheen keine staatliche Unterstützung erhalten, wollen die Aleviten nicht länger hinnehmen. Sie hatten gehofft, dass sich ihre gesellschaftliche Stellung unter Ministerpräsident Erdogan verbessern würde – nachdem der im Jahr 2002 zusammen mit Abdullah Gül, damals noch Außenminister, ein „Cemevi“ in Istanbul besucht hatte, unterstützten viele Aleviten mit ihrer Stimme Erdogans Partei, die AKP. Angekündigte Reformen aber bleiben bisher aus.

## Schritte zur Säkularisierung

„Wir nehmen die Gedanken von den Rändern nicht zur Kenntnis“, sagte der für Religionsangelegenheiten zuständige Staatsminister Said Yazicioglu jetzt über die Demonstrationen in der Hauptstadt. Doch offenbar haben die Forderungen der Aleviten die türkische Politik stärker erschüttert, als Ankara es glauben machen will. Denn nun scheint sich ausgerechnet Devlet Bahçeli, das Oberhaupt der nationalistischen Partei MHP, für die Aleviten einzusetzen – bisher war die MHP, die vehement für eine türkische Nation aus sunnitischen Muslimen eintritt, die absolute Antipode aller Minderheiten in der Türkei, insbesondere der alevitischen. „Gegenseitige Ängste und Vorurteile müssen überwunden werden“, sagte Bahçeli bei einem Treffen seiner Partei.

Doch man sollte die Aleviten davor schützen, sich von Interessengruppen, die eine Polarisierung der türkischen Gesellschaft vorantreiben wollen, politisch missbrauchen zu lassen. Offensichtlich kursiert in der Türkei die Angst, dass weitere religiöse Minderheiten für ihre Rechte auf die Straße gehen könnten. Denn dann geriete die Diyanet vielleicht tatsächlich ins Wanken und mit ihr der Vormachtsanspruch des sunnitischen Islam. Und das wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu einer säkularen Türkei.

Text: F.A.Z - Bildmaterial: picture-alliance/ dpa

## Niedriglöhne im öffentlichen Dienst

Laut Auskunft der Bundesregierung waren im Juli 2007 129.907 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf Hartz IV angewiesen, obwohl sie eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit hatten. 53.621 Personen stockten einen Mini- oder Teilzeitjob mit Arbeitslosengeld II auf. Unter den 180.000 so genannten Aufstockern, die staatliche Unterstützung benötigen, weil ihr Verdienst zum Leben nicht reicht, befinden sich auch 33.000 Lehrkräfte und Erzieher/innen.

Eine aktuelle Umfrage des Hamburger Personalrats für Referendare hat ergeben, dass zahlreiche angehende Lehrkräfte ihren Lebensunterhalt nicht mehr von dem knapp bemessenen Gehalt bestreiten können und deshalb Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen müssen.

## Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
Beschluss der Bundestarifkommission	2
Hymnus auf die Bankiers	2
Wahlausschreiben	4
Einladung zur JHV des SV GE	5
Coaching für Barbara Sommer	5
Verdacht auf Kindeswohlgefährdung – Was kann die Schule tun	5
Rechenschaftsbericht	6
1948 bis 2008 – 60 Jahre GEW	7
Dulisch wechselt nach Düsseldorf	7
Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte	8
Dienstherr muss Pflege sichern	9
Auswertung des Zentralabiturs 2008	10
Versorgungsabschlag für Beamte in Teilzeit	8
Dienstherr muss Pflege sichern	9
Der außerschulische Lernmarkt	10
Auswertung des Zentralabiturs 2008	10
CAS-Rechner – Privatisierung und soziale Selektion durch die Hintertür	10
Schnittstelle zwischen beruflicher und höherer Allgemeinbildung	11
Die Zielvereinbarung, die Qualitätsanalyse und das Schulgesetz	12
Buchbesprechung	12
Inventarisierung von Schulvermögen – nicht durch Lehrkräfte	13
Islam-Verband lässt Jugendarbeit prüfen	14
Ältere Menschen nutzen das Internet	14
Einladung zur JHV des SV GE	14
Wie uns die Alten sungen	15
Kopfnoten für Lehrer?	15
Anschrift und Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle	16
Buchbesprechung	17
Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Sexualerziehung in Schulen	17
Jeder vierte Muslim in Deutschland ist gewaltbereit	18
Neue Redaktion, Impressum	19
AG Masterplan-Bildung	20
Türkische Aleviten – Gebt die Religion frei	21
Niedriglöhne im öffentlichen Dienst	22
Nachruf Maria Krabusch	23
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage	23
Einladung	
•Personalversammlung Grundschulen	24
•Personalversammlung Hauptschulen	24
Die GEW ehrt ihre Jubilare	24

Am Donnerstag, 27. November 2008, verstarb im Alter von 55 Jahren unsere Kollegin, die Lehrerin

**Maria K r a b u s c h**

Sie war zuletzt tätig am Ricarda-Huch-Gymnasium.

Als Vorstandsmitglied war sie Anfang der 1980er Jahre an der Entwicklung dieses Infos beteiligt.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren

Karl-Heinz Mrosek  
Stellvertretender Vorsitzender

## Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Die Bundeskoordinierungsstelle ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ hat eine neue Broschüre mit dem Titel ‚Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus. Lifestyle, Medien und Musik‘ herausgegeben. Die Broschüre informiert über die vielfältigen Jugendkulturen, die sich in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt haben und sich ganz bewusst auf den Islam beziehen. Sie gewährt Einblicke in einen bunten Kosmos voller Widersprüche. Ein absolutes Muss, für alle, die bei einem heiß diskutierten Thema nicht abseits stehen wollen! Die Broschüre richtet sich vor allem an Jugendliche, an SozialpädagogenInnen und LehrerInnen.

Die Broschüre kostet 3,00 € plus 1,50 € Versand  
Autoren sind: Jochen Müller, Götz Nordbruch,  
Berke Tataroglu.

Die Redaktion dieser Broschüre lag bei Sanem Kleff und Eberhard Seide31.

Sanem Kleff, Projektleiterin von ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ schreibt: „Hunderttausende von Kindern und Jugendlichen mit einem muslimischen Hintergrund besuchen unsere Schulen. Gleichzeitig verunsichert der Islam und weckt sogar Ängste vor Überfremdung, Kulturkampf und gewaltbareitem Extremismus. Manche Ängste sind unbegründet, andere durchaus berechtigt. Die Schulen, aber auch die Jugendarbeit dürfen mit dieser Herausforderung nicht alleingelassen werden. Für die Zukunft Deutschlands ist zweierlei von Bedeutung. Erstens: Ist die Mehrheitsgesellschaft bereit, den Islam als einen gleichberechtigten Teil der Gesellschaft anzunehmen? Zweitens: Wird es gelingen, den Einfluss der totalitären Ideologie des Islamismus gemeinsam mit den Muslimen zurückzudrängen? Die Broschüre soll all jene bei ihrer Arbeit unterstützen, die nicht tatenlos zusehen wollen, wenn Prediger des Hasses wichtige Freiheitsrechte in Frage stellen.“

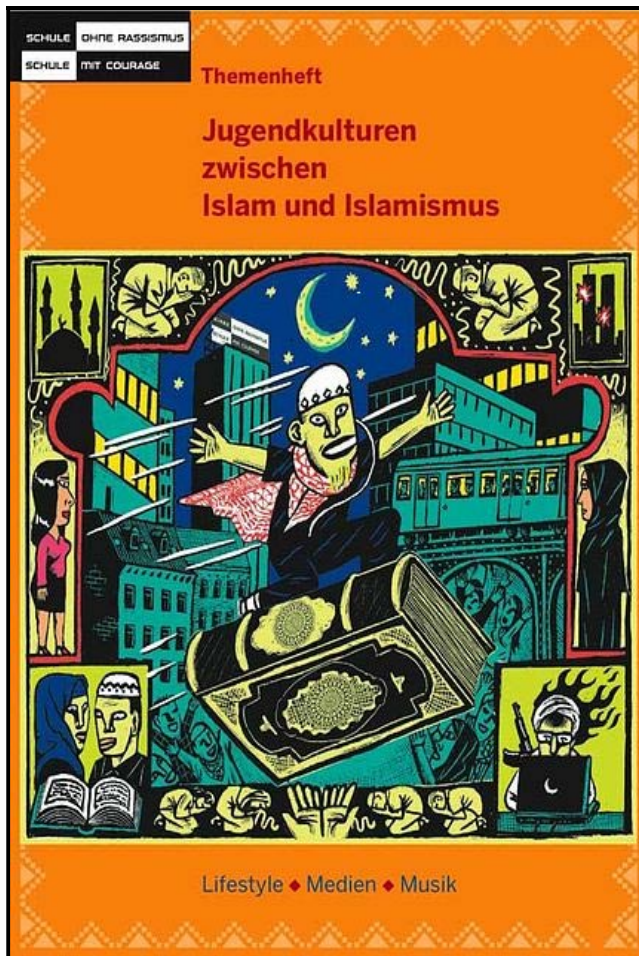
**Professor Dr. Wilhelm Heimeyer** vom Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld zu dieser Broschüre: „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus“ ist eine leicht lesbare, flüssige Einführung in einige Ausschnitte der islamischen Lebenswelt in Deutschland. Sie füllt eine Lücke und sollte möglichst breit vertrieben werden. Sie ist auch deshalb vonnöten, weil wir in unseren Untersuchungen zeigen können, wie wenig entwickelt die Differenzierungsfähigkeit in der Bevölkerung ist – auch unter Jugendlichen. Kritisch differenzierende Positionen sind nicht einfach zu entwickeln, zumal einige islamische Akteure sie als islamfeindlich bezeichnen, um sich damit in eine komfortable Opferrolle hinein-zumanövrieren, die moralische Überlegenheit verspricht.

Die Broschüre ist im Rahmen des Projektes ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ starkt die Medienkompetenz von Jugendlichen und geht neue Wege der Integration“ entstanden und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Ministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des Programms ‚Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt‘ gefördert.

Der GEW-Stadtverband hat 10 dieser Broschüren bestellt, sie liegen in der Geschäftsstelle aus und können ausgeliehen werden.

Mrosek





Die **Personalversammlung 2009** für die Kolleginnen und Kollegen an **Grundschulen** findet am **Dienstag, 31. März 2009**, in der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Gelsenkirchen-Erle statt. Einladungen durch den Personalrat ergehen gesondert. Thema: u. a. Tarifaus-einandersetzung

**Personalversammlung 2009 für Hauptschulen im Bezirk Münster**

Am Donnerstag, dem **19. März 2009** findet im Barbarahaus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen, die **1. Personalversammlung** im Regierungsbezirk Münster statt.

Bitte den Termin vormerken und teilnehmen.

K.-H. M.



Foto: Moni Kellermann  
www.kellerfrau.de

Jubilare: 40 Jahre: Dorothee Müller, 25 Jahre: Ursula Bornemann, Bärbel Ganderath, Anne Günster, Brigitte Schwenzel, Marion Steinbrink, Gaby Valleé, Marion Werske

